~~GENUG?~~ MEHR VERDIENT!

Existenzsicherung – ein Thema für ältere Lesben

Lesben und Alter e.V.
Dachverband

Impressum

Herausgeberin:
Dachverband Lesben und Alter e. V.

Friedbergstr. 20, 14057 Berlin
Tel: 030 55249384
kontakt@lesbenundalter.de
www.lesbenundalter.de

Vereinsregister Berlin VR 36281

1. Auflage Mai 2023, Berlin

V.i.S.d.P. Carolina Brauckmann, Vorstand

Redaktion/Autorinnen: Sabine Arnolds, Carolina Brauckmann, Felicitas Drubba, Bettina Hagen, Dr. Judith Kerschbaumer, Gisela Notz, Cornelia Sperling, Reingard Wagner

Projektleitung: Sabine Arnolds

Gestaltung: Allround Team GmbH, Köln

Druck: vielen Dank für die freundliche Unterstützung an Yeliz Beckedahl, FLYERKING Druckerei

Fotos: Archiv Dachverband Lesben und Alter, Brigitte Dummer, Sarah Larissa Heuser, Mino Likwasi, Centre for Ageing Better, Pixabay, Unsplash

Die vorliegende Broschüre wurde sorgfältig erarbeitet.
Trotz aller Sorgfalt können Fehler nicht ausgeschlossen werden.
Für Hinweise auf eventuelle Fehler sind wir dankbar.

Nachdruck und Vervielfältigung, auch in Auszügen, über analoge oder digitale Medien bedürfen der Genehmigung durch die Herausgeberin.
Alle Rechte vorbehalten.

Spendenkonto:

Dachverband Lesben und Alter e. V.
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE62 3702 0500 0001 5871 00

Weiterführende Quellen,
Links und Literaturliste

Inhaltsverzeichnis

VORWORT DES DACHVERBANDS 4

GRUSSWORT
von Dr. Regina Görner 5

WARUM IST EXISTENZSICHERUNG FÜR ÄLTERE LESBEN EIN WICHTIGES THEMA?
von Dr. Gisela Notz 6

GLEICHGESTELLT? EIN KURZER BLICK AUF OSTDEUTSCHE RENTEN 10

UNSERE RENTE – WIE FUNKTIONIERT SIE EIGENTLICH?
von Reingard Wagner 12

DIE GRUNDRENTE SOLL ARMUT IM ALTER BEKÄMPFEN
von Dr. Judith Kerschbaumer 16

ÜBER GELD REDET MAN NICHT?
von Sabine Arnolds 20

WIR MÜSSEN DIE LEBENSLEISTUNG VON FRAUEN ANERKENNEN – DURCH HÖHERE RENTEN
Interview mit Prof. Dr. Irene Götz 23

WO KANN ICH MICH BERATEN LASSEN? 28

AKTIV SEIN + GELD VERDIENEN IN DER RENTENZEIT
Ein persönlicher Bericht von Cornelia Sperling 30

TEILEN UND TEILHABEN – NACHHALTIG UND SOZIAL 34

DRINGEND ERFORDERLICH: WEITERE FÖRDERUNG VON LESBEN UND ALTER 37

VORWORT DES DACHVERBANDS LESBEN UND ALTER

Lange gearbeitet und trotzdem wenig Rente: Das ist auch für viele frauenliebende und lesbische Frauen bittere Realität. Insbesondere dann, wenn sie in Teilzeit, mit niedrigem Verdienst, als Alleinerziehende oder längere Zeit ehrenamtlich ohne Entgelt gearbeitet und sich engagiert haben.

Bis heute ist es nicht gelungen, in Deutschland Gerechtigkeit für Frauen herzustellen – weder während der Erwerbsphase noch danach. Altersarmut ist weiblich. Fehlende Absicherung, Geldknappheit, mangelnde soziale Teilhabe, Rückzug und Einsamkeit als Begleitfaktoren sind Themen, die den Dachverband Lesben und Alter seit seinen Ursprüngen begleiten. Nach wie vor fehlen Erhebungen, wie viele Lesben und frauenliebende Frauen vom Thema konkret betroffen sind. Und, welche Auswirkungen es hatte, dass ihre Lebensentwürfe, im „klassischen" Versorgungssystem kaum berücksichtigt werden. Die Erfahrungen aus unseren Tagungen, Workshops, Veranstaltungen zeigen, wie wichtig Unterstützungsangebote sind. Aber auch, dass deutlich mehr Unterstützung benötigt wird.

Mit der vorliegenden Broschüre hat der Dachverband Lesben und Alter einen Spagat versucht: einerseits enthält sie – trotz mangelnder Datenlage – sozialpolitische Einordnungen der Situation älterer Lesben und alleinlebender Frauen, andererseits aktuelle Informationen zur gesetzlichen Rente, (staatlichen) Unterstützungsangeboten und ein Praxisbeispiel. Tipps zur Lebensführung ersparen wir uns und Ihnen, denn von Armut betroffene Menschen – gerade ältere Frauen – wissen in der Regel sehr gut wie sie sparen, wiederverwenden und Kaputtes reparieren können.

GRUSSWORT

von Dr. Regina Görner, Vorsitzende der BAGSO

Altersarmut ist vorwiegend weiblich, vor allem dann, wenn Menschen noch in anderen Aspekten strukturell benachteiligt sind – etwa weil sie auf dem Land leben, ein niedriges formales Bildungsniveau haben oder eine geringfügige Entlohnung. Jahrzehntelange Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung gehört ebenfalls dazu.

Wenn Benachteiligungen bei einzelnen Personen kumulieren, was in der Regel fatale Folgen hat, spricht man von Intersektionalität. Dass Intersektionalität bei älteren Frauen, die lesbisch sind, geradezu typisch sein kann, erschließt sich auf den ersten Blick.

Altersarmut wird von den Betroffenen oft versteckt. Bestehende Ansprüche auf Unterstützung werden aus Scham oder Unwissenheit überhaupt nicht gestellt, obwohl sie in vielen Fällen deutliche Verbesserungen bringen könnten. Doch sind solche Unterstützungen keine Almosen, sondern gehören zur selbstverständlichen Grundversorgung in einem Sozialstaat.

Das Expertinnenwissen, das im Dachverband Lesben und Alter zusammenkommt, steht vielen Betroffenen im Alltag nicht zur Verfügung. Deshalb ist diese Broschüre eine wichtige Hilfestellung für ältere lesbische Frauen, aber auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von sozialen Institutionen und Beratungsstellen, die in ihrer Arbeit dem Einzelfall gerecht werden möchten.

Und ich will abschließend noch einmal wiederholen: Nutzen Sie die Angebote unseres Sozialstaates! Es ist Ihr gutes Recht!

Ihre

Regina Görner

Bild: In-Press Photography, Centre for Ageing Better

WARUM IST EXISTENZSICHERUNG FÜR ÄLTERE LESBEN EIN WICHTIGES THEMA?

von Dr. Gisela Notz

Immer mehr Menschen werden älter. Die über 65-jährigen machten im Jahr 1991 15 % der Gesamtbevölkerung aus, im Jahr 2021 waren es schon 22 %.[1] 2020 hatten Männer eine durchschnittliche Lebenserwartung von 78,9; Frauen von 83,6 Jahren.[2] Während die Forschung über alte Menschen schon relativ fortgeschritten ist,[3] ist die geschlechtsspezifische Altersforschung noch wenig präsent[4]; eine Forschung über ältere Lesben fehlt in Deutschland.[5] Der Dachverband Lesben und Alter geht davon aus, dass in Deutschland mindestens 300.000 lesbische oder frauenliebende Frauen leben, die 65 Jahre und älter sind. Deshalb wird es Zeit, die Existenz älterer Lesben nicht weiter zu vernachlässigen.[6] Aus der Geschlechterforschung stammt der intersektionale Ansatz, d. h. verschiedene Strukturkategorien, die Ungleichheiten generieren, müssen in ihren Verschränkungen und Wechselwirkungen gesehen werden. Dass die Älteren generell bei einem großen Teil der Bevölkerung kein besonders großes Ansehen genießen, Diskriminierungen aufgrund des Alters (nicht nur) zum beruflichen Alltag gehören, zeigt eine aktuelle Studie im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.[7] Sicher haben ältere Lesben oft ähnliche Probleme wie nicht lesbisch lebende ältere Frauen. Sie erfahren jedoch auf mindestens zwei Ebenen Diskriminierung, als alte Frau und als Lesbe. Altersforscherinnen sehen für ältere Frauen ungleich größere soziale Risiken, als für alte Männer. Vor allem deshalb, weil sie häufiger allein leben. Bei Lesben kommt hinzu, dass viele „keine Möglichkeit der (Mit-)versorgung durch Kinder" zu erwarten haben.[8] Darauf verlassen können sich auch „Familienfrauen" nicht.[9]

DIE älteren Frauen/Lesben gibt es nicht.

Ältere Frauen/Lesben unterscheiden sich durch Klassen- bzw. Schichtzugehörigkeit, durch Alter, Habitus, Bildung, Ethnizität, Nationalität, Religion, Hautfarbe, physische und psychische Voraussetzungen. Sie leben in vielfältigen Lebensformen allein, zu zweit, zu mehreren, in Altenheimen, in genossenschaftlichen Wohnformen. Sie haben unterschiedliche Bedürfnisse und Ressourcen. Wer in früher Kindheit bessere Chancen hatte, hat sie meist auch später. Soziale Unterschiede verstärken sich durch die neu hinzukommende Altersdiskriminierung, durch aktuelle Entwicklungen im Rentenrecht, die fortschreitende Prekarisierung am Arbeitsmarkt, die steigenden Preise für Miete, Lebensmittel, Heizen und Energie. Die Krisenlasten tragen die Erwerbstätigen, die Armgemachten und die Rentner*innen. In all diesen Gruppen sind es meist Frauen, die größere Lasten zu tragen haben, weil sie – egal wie sie leben – für die Care-Arbeiten, die zum (Über)leben der Gesellschaft notwendig sind, verantwortlich gemacht werden und weil sich das Recht auf eigenständige Existenzsicherung für Frauen im Nach-Wende-Deutschland immer noch nicht wirklich durchgesetzt hat. Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans-, intergeschlechtliche und queere Personen (LSBTIQA*), also alle, die nicht ins familistische Bild[10] der Gesellschaft passen, haben es besonders schwer. Allzu oft werden sie ausgegrenzt und diskriminiert, das gilt vor allem am (Aus)bildungs- und Arbeitsplatz und kann Konsequenzen für das übrige Leben haben.

Frauen/Lesben haben oft außergewöhnliche Lebensverläufe

Viele Frauen/Lesben blicken auf einen Lebenslauf mit unsicheren Arbeits- und Lebensbedingungen zurück. Bereits beim Besuch einer weiterführenden Schule spielte neben dem Geschlecht und der sozialen Herkunft auch die sexuelle Orientierung eine entscheidende Rolle. Viele in West-Deutschland Aufgewachsene sind in ‚typisch weiblichen' Ausbildungsberufen ausgebildet worden, mit meist niedriger Entlohnung, belastenden Arbeitsbedingungen und ohne Aufstiegschancen. Da es für Mädchen und junge Frauen ohnehin schwer war, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden, verheimlichten viele ihr lesbisches Begehren.

Aus den unregelmäßigen Erwerbsarbeitsverläufen mit Mini-Jobs, nicht existenzsichernder Teilzeitarbeit, Arbeit in Niedriglohnverhältnissen, Zeitverträgen mit temporärer Erwerbslosigkeit kann keine eigenständige Alterssicherung aufgebaut werden. Armut im Alter ist die Folge. Der Gender Pension Gap, also die Rentenlücke zwischen Frauen und Männern über 65 Jahre, betrug 2021 46 Prozent und ist eine der höchsten innerhalb der Europäischen Union (EU).[11] Da die lebenslange Vollbeschäftigung zu existenzsichernden Löhnen ein Auslaufmodell ist, wird die Zahl der armen Alten in Zukunft weiter steigen. Viele Rentnerinnen müssen schon heute von der Grundsicherung im Alter leben. Mehr als der Hälfte aller Anspruchsberechtigten nimmt sie nicht einmal in Anspruch – aus Angst, ihre Kinder müssten die Hilfe zurückerstatten oder Unwissen, dass ihnen diese Leistung zusteht.[12]

Die Notwendigkeit der Erwerbsarbeit im Alter

Für viele Betriebe hilft der Einsatz von Rentner*innen Personalkosten zu sparen.[13] Soziale Kontakte, Freude an der Arbeit und geistige Fitness sind häufige Beweggründe zum Verbleib in der Erwerbsarbeit, oft in Teilzeit- und Minijobs. Bei jeder dritten Rentner*in ist es jedoch die wirtschaftliche Notwendigkeit, die dazu führt, dass sie weiterarbeitet.[14]

Ehrenamtliches Engagement von älteren Frauen/Lesben

Im Jahr 2021 waren knapp 15 Millionen Personen ehrenamtlich tätig. Davon waren 48,9% Frauen, 19,1% waren 70 Jahre und älter. Insgesamt verfügten sie über ein höheres Haushaltsnettoeinkommen als die deutsche Bevölkerung.[15] Viele Einrichtungen im Sozial-, Gesundheits-, Erziehungs- und Altenhilfebereich bestünden nicht mehr, wenn Gratisarbeiter*innen nicht für ihr Fortbestehen sorgen würden. Und viele, die Hilfe und Unterstützung brauchen, blieben unversorgt. „Alleinstehende" ältere Frauen/Lesben leisten ein beträchtliches Maß an ehrenamtlichem Engagement. Die (angebliche) Angst vor Einsamkeit im Alter wird genutzt, um neue Potenziale zu gewinnen. Studien verweisen darauf, wer ehrenamtlich arbeitet bleibt gesünder, lebt länger und hat mehr Spaß.[16] Er/sie, kann die Gesellschaft mitgestalten, mit anderen zusammenkommen und anderen Gutes tun. Wer finanziell mit dem Rücken zur Wand steht, kann sich allerdings nur bedingt über die Glorifizierung der gratis zu leistenden Arbeiten freuen. Viele Rentnerinnen können es sich gar nicht leisten, ohne Geld zu arbeiten! ■

1. DE STATIS Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Ältere Menschen: https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aeltere-Menschen/bevoelkerung-ab-65-j.html? (Zugriff: 27.12.2022).
2. Statista: Entwicklung der Lebenserwartung bei Geburt in Deutschland: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/273406/umfrage/entwicklung-der-lebenserwartung-bei-geburt-in-deutschland-nach-geschlecht/ (Zugriff: 27.12.2022).
3. Siehe z.B. die Altersberichte der Bundesregierung, die seit 1993 in unregelmäßigen Abständen zu unterschiedlichen seniorenpolitischen Themen erscheinen.
4. Eine Ausnahme bildet der Aufsatz von Angelika Koch: Alt und arm? Armutsrisiken von Frauen im Kontext der Alterssicherung im Sammelband Frauen und Armut – Feministische Perspektiven, hrsg. von Regina-Maria Dackweiler/Alesandra Rau/Reinhild Schöfer, Opladen/Berlin/Toronto 2020, S. 256-278.
5. Auch die durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes in Auftrag gegebene Studie: Eva-Marie Kessler/Lisa Marie Warner: Ageismus. Altersbilder und Altersdiskriminierung in Deutschland, Berlin, Dezember 2022, enthält lediglich einen halbseitigen Absatz zu der Frage: Wie hängt Gender mit den verschiedenen altersbezogenen Repräsentationen zusammen? Von Lesben ist dabei keine Rede.
6. Mit 10,3 Millionen bilden die Frauen auch heute noch die Mehrzahl älterer Menschen ab 65 Jahren. https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aeltere-Menschen/geschlechter.html Untersuchungen gehen davon aus, dass sich 3 % bis 10 % der Bevölkerung als lesbisch oder schwul identifiziert bzw. entsprechende Erfahrung hat. Die Dalia-Studie des Marktforschungsinstitut Dalia Research berichtet 2016: Insgesamt identifizieren sich den Ergebnissen zufolge EU-weit mehr Frauen (6,6 Prozent) als Männer (5,3 Prozent) als LGBT. Auch in Deutschland gibt es bei Frauen (8,4 Prozent) einen höheren LGBT-Anteil als bei Männern (6,4 Prozent). Der Dachverband hat in Bezug auf die ältere weibliche Bevölkerung eine konservative Schätzung von 3 Prozent zugrunde gelegt. Quelle: https://www.queer.de/detail.php?article_id=27318
7. Kessler/Warner: Ageismus.
8. Psychosoziale Frauenberatungsstelle donna klara: „Lesben und Alter". Kiel 2004, S. 4.
9. Siehe Gisela Notz: Revolution gegen Einsamkeit, in: Missy-Magazine Januar 2023.
10. Als Familismus bezeichne ich die Ideologie, die die bürgerliche Kleinfamilie als Leitform einer Gesellschaft beschreibt: Gisela Notz: Kritik des Familismus, Stuttgart: Schmetterling 2015.
11. https://www.sparkasse.de/themen/finanzielle-unabhaengigkeit-frauen/rentenluecke.html (Zugriff: 15.05.2023).
12. VdK: Mit Grundsicherung die Rente aufstocken: https://www.vdk.de/deutschland/pages/themen/rentenpolitik/78790/grundsicherung_rente_aufstocken (Zugriff: 26.12.2022).
13. Pressemitteilung des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen (UDE) vom 22.05.2017.
14. Silke Anger/Annette Trahms/Christian Westermeier: Die Erwerbstätigkeit von Rentnerinnen und Rentnern zwischen Wunsch und Wirklichkeit, in: IAB-Forum vom 31.Juli 2020, S. 1.
15. Statista: Ehrenamtliche in Deutschland: https://de.statista.com/themen/4949/ehrenamtliche-in-deutschland/ (Zugriff: 27.12.2022).
16. https://www.scinexx.de/news/biowissen/wer-anderen-hilft-lebt-laenger/ (Zugriff: 27.12.2022).

Bild: Mircea / Pixabay

GLEICHGESTELLT? EIN KURZER BLICK AUF OSTDEUTSCHE RENTEN

Ein Blick auf die Rentensituation ostdeutscher Lesben zeigt, aktuell liegen keine Studien über diese Gruppe vor, die wissenschaftlich abgesicherte Fakten erlauben. Leider sind daher nur Aussagen über ostdeutsche Frauen im Allgemeinen möglich. Sie erlauben teilweise Rückschlüsse auf die Rentensituation ostdeutscher Lesben.

Die Differenz zwischen den Durchschnittsrenten für Frauen und Männer im Osten Deutschlands fällt insgesamt geringer aus als im Westen. Ein Grund ist, in der früheren DDR waren mehr Frauen in Vollzeit erwerbstätig und die Höhe ihrer Rente berechnete sich unabhängig von der Familienkonstellation. Auffällig sind außerdem die unterschiedlichen gesetzlichen Rentenbezüge ost- und westdeutscher Frauen, denn bei allen Rentenarten (Alters-, Erwerbsminderungs- und Witwenrenten) beziehen ostdeutsche Frauen erheblich höhere Leistungen als westdeutsche Frauen.

Dennoch … auch in den ostdeutschen Bundesländern ist nicht alles eitel Sonnenschein: Besonders um die zweite Säule des Rentensystems – die betriebliche Altersversorgung – ist es schlecht bestellt und ebenso um die private Absicherung im Alter. Werden beide berücksichtigt, liegt das verfügbare Einkommen westdeutscher Rentner:innen deutlich höher, da die Zusatzsysteme in Ostdeutschland bis heute weniger verbreitet sind. Hinzu kommt, insbesondere diejenigen Frauen, die kurz nach der Wende zwischen 40 und 50 Jahre alt waren, waren häufig Leidtragende des massiven Stellenabbaus und der andauernden Massenarbeitslosigkeit in den „neuen" Bundesländern. Trotz diverser Fortbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen blieben viele dauerhaft arbeitslos, so konnten sie im letzten Drittel ihrer Erwerbsbiografie kaum noch Rentenansprüche erwerben. ■

UNSERE RENTE – WIE FUNKTIONIERT SIE EIGENTLICH?

von Reingard Wagner

Für viele Menschen in Deutschland ist die Rente der Deutschen Rentenversicherung die häufigste Einnahmequelle im Alter. Besonders Frauen haben im Vergleich zu Männern wesentlich seltener einen Anspruch auf eine zusätzliche Betriebsrente. Deshalb sollten wir uns näher ansehen, wie die gesetzliche Rente eigentlich funktioniert.

1957: Das Rentensystem wird neu geregelt

Der Grundstein für unser jetziges Rentensystem wurde 1957 in West-Deutschland gelegt; es wurde von einem kapitalgedeckten auf ein Umlageverfahren umgestellt. Seitdem zahlen die jeweiligen Arbeitnehmer*innen mit ihren Beiträgen paritätisch mit den Arbeitgeber*innen die jeweiligen Renten, der sogenannte Generationenvertrag. Er sollte dafür sorgen, dass durch das Sozialversicherungssystem immer genug Geld in die Rentenkasse floss. Der Anteil der Menschen, die sozialversicherungspflichtig arbeiteten und in die Rentenkasse einzahlten sowie die Geburtenraten waren zur damaligen Zeit wesentlich höher als heute. Anfangs ging der Plan also auf, auch wenn die Rentenreform durchaus umstritten war. Die Bevölkerungsentwicklung zeigt aber, die Idee des Umlageverfahrens kann aus heutiger Sicht nicht zu ausreichenden Renten führen.

GENDER GAPS

sind vielfältig und benennen den Abstand zwischen den Geschlechtern, ob bei Daten, Einkommen oder Gesundheit – überall zeigt sich, Frauen und auch Lesben sind Lückenbüßerinnen.

Was ist das Rentenniveau?

Mit der Rentenreform wurden die bislang statischen Renten dynamisiert, d. h. an die Entwicklung der Löhne und Gehälter gekoppelt. Das Rentenniveau wird gesetzlich festgelegt. Während es am Anfang der dynamisierten Rente noch über 50 % betrug, wurde es mittlerweile auf 47,5 % festgelegt und sollte in den nächsten Jahren sogar auf 43 % abgesenkt werden. Zur Berechnung wird das durchschnittliche Jahreseinkommen aller sozialversicherten Arbeitnehmer*innen mit der Standardrente des Jahres ins Verhältnis gesetzt. Das Rentenniveau ist also kein Prozentsatz der individuellen Rente, sondern eine statistische Größe, das prozentuale Verhältnis der Standardrente (= 45 Jahre immer Durchschnittsverdienst) zum Durchschnittsverdienst nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherung. Es sorgt dafür, dass die Renten sich an die aktuellen Tarifsteigerungen der Arbeitnehmer*innen anpassen, um die damit verbundenen Preissteigerungen abzumildern. Wird das aktuell gültige Rentenniveau unterschritten, muss es zum 1. Juli eines Jahres eine entsprechende Rentenerhöhung geben.

Bild: Alexander Caminada / Centre for Ageing Better

Wonach berechnet sich die individuelle Rente?

Die ausgezahlte individuelle Rente spiegelt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Laufe des Lebens wider. Nur tatsächlich eingezahlte Beiträge zählen bei den so genannten Renten- oder Entgeltpunkten. Einzige Ausnahme sind Kindererziehungszeiten, die mit 3 bzw. 2,5 Rentenpunkten pro Kind belohnt werden. Auch Pflegezeiten können in einem geringen Maße je nach Pflegestufe angerechnet werden. Andere gesellschaftliche Leistungen wie z. B. langjähriges Ehrenamt werden in der Rente nicht berücksichtigt.

Entgeltpunkte

Für die Entgeltpunkte ist wiederum das Verhältnis des individuellen Einkommens zum Durchschnittseinkommen des jeweiligen Jahres wichtig. Wer genau das durchschnittliche Einkommen erzielt, bekommt 1 Entgeltpunkt angerechnet. Liegt das individuelle Jahreseinkommen darüber oder darunter, gibt es entsprechend mehr oder weniger als einen Entgeltpunkt. Das Durchschnittseinkommen (1 Punkt) lag 2022 bei 3.461,75 € im Monat.

Zugangsfaktor und Rentenartfaktor

Mit dem Zugangsfaktor werden Zu- und Abschläge bei der Rentenberechnung berücksichtigt, z. B. bei vorzeitigem Rentenbeginn. In der Regel liegt er in der regulären Altersrente bei 1,0. Der Rentenfaktor bestimmt die Art der Rente. Die Rente wegen Alters wird mit dem Faktor 1,0 berechnet.

Aktueller Rentenwert

Der aktuelle Rentenwert des Jahres, in dem die Rente beginnt, ist entscheidend für die Berechnung der zukünftigen individuellen Rente, weil er mit den individuellen Rentenpunkten multipliziert wird. Seit 1.7.2022 betrug der Rentenwert 36,02 € im Westen und 35,52 € im Osten, ab 1.7.2023 beträgt er einheitlich 37,60 € pro Entgeltpunkt.

Die individuelle Rente

Eine Beispielrechnung für die Altersrente einer Rentnerin, die genau 45 Jahre Beiträge gezahlt hat und genau den jährlichen Durchschnittsverdient hat, sieht folgendermaßen aus:

Entgeltpunkte		Zugangsfaktor		Rentenartfaktor		Rentenwert
45 (Jahre)	X	**1**	X	**1**	X	**37,60 €** (1.7.2023)

=

Ergibt eine Rente von
1.692 € brutto

Fazit

Die Berechnung unseres Rentensystem ist mittlerweile in die Jahre gekommen. Es basiert auf den gesellschaftlichen Vorstellungen und Verhältnissen der Bundesrepublik der 1950er Jahre, in denen Frauen als Hausfrauen selten erwerbstätig waren. Heute sind Frauen fast immer berufstätig, allerdings oft in Teilzeit, was wiederum ihre Rentenerwartungen kürzt. Unser Rentensystem geht davon aus, dass Menschen in einer Paar-/Familiengemeinschaft leben, für eine individuelle Existenzsicherung sind die meisten Renten zu niedrig. Das trifft besonders die älteren Frauen in Westdeutschland. Sie haben eine Erwerbsbiografie, die häufig von familiären Auszeiten, Arbeit in niedriger bezahlten Care-Berufen oder Teilzeit gekennzeichnet ist. Die Frauen in Ostdeutschland haben bis zur Wende fast immer in Vollzeit gearbeitet, deshalb sind ihre gesetzlichen Renten in der Regel noch höher als die der Frauen im Westen. Leider hat sich dies durch die Erwerbsmöglichkeiten der letzten Jahrzehnte verschlechtert, so dass die durchschnittlichen Renten auch im Osten weiter sinken.

Die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in der Erwerbsarbeit und dem Gender Pay Gap werden durch den so genannten Gender Pension Gap in der Rente fortgesetzt. Davon sind besonders diejenigen betroffen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre Altersrente allein bestreiten müssen und keine weiteren finanziellen Ansprüche haben. Bei Veranstaltungen machen wir immer wieder die Erfahrung, dass besonders auch Lesben betroffen sind. Gerade ältere lesbische Frauen leben häufiger allein und haben seltener einen Anspruch auf Witwenrenten als heterosexuelle Frauen.

Ein Problem ist die Rechnung mit dem so genannten Standardrentner, der 45 Jahre lang das Durchschnittseinkommen verdient: Viele Arbeitnehmer*innen – gerade Frauen – kommen weder auf die Rentenjahre noch auf den Durchschnittsverdienst. Deshalb sind viele Renten in Deutschland zu niedrig, um ein Leben in Würde zu führen. Der Dachverband Lesben und Alter fordert neben der Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung eine Verbesserung der Einkommenschancen und der eigenständigen Alterssicherung von Frauen. ■

DIE GRUNDRENTE SOLL ARMUT IM ALTER BEKÄMPFEN

von Dr. Judith Kerschbaumer

Lange gearbeitet und trotzdem wenig Rente: Hier soll die Grundrente helfen und die Lebensleistung anerkennen. Mit ihr erhalten langjährig Versicherte einen Zuschlag zu ihrer Rente. Das hilft aber nur bedingt, um Armut im Alter zu bekämpfen.

Die Grundrente ist – entgegen dem Wortlaut – keine „Grundabsicherung", kein fester Mindestbetrag oder eine eigene Rente, sondern ein Zuschlag zur „regulären" Rente und damit Bestandteil der Rente. Sie führt auch nicht automatisch zu einer Rente oberhalb der Grundsicherungsschwelle, die sich je nach Wohnort aus dem Regelsatz (aktuell 502 € bei Alleinstehenden) plus Wohn- und Heizkosten zusammensetzt. Der Grundrentenzuschlag soll gewährleisten, dass Versicherte mit einem unterdurchschnittlichen Einkommen nach Jahrzehnten der Beitragszahlung, Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen besser dastehen als diejenigen, die nicht oder nur wenig in die Rentenversicherung eingezahlt haben. Der Grundrentenzuschlag wurde zum 1.1.2021 eingeführt. Alle können den Zuschlag bekommen, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen, auch wenn sie bereits in Rente sind. Wer erstmals eine Rente bezieht, erhält im Rentenbescheid Informationen darüber, ob und dass ein Grundrentenzuschlag geprüft wurde. Besteht ein Anspruch, wird der Grundrentenzuschlag ab Anspruchsbeginn (nach)gezahlt.

Kein Antrag erforderlich

Der Grundrentenzuschlag wird von der Rentenversicherung automatisch geprüft und ausgezahlt. Ein Antrag ist nicht erforderlich. Er

- wird individuell berechnet,
- ist dynamisch und
- wird jährlich angepasst.

Wenn Rente und Grundrentenzuschlag nicht zum Leben reichen, kann Wohngeld, und wenn es dann immer noch nicht reicht, „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung", eine Sozialhilfeleistung, beantragt werden. Nach ersten Zahlen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) profitieren nur rund **1,1 Mio.** Versicherte vom Grundrentenzuschlag, rd. 70 % davon Frauen. Der maximale Grundrentenzuschlag beträgt aktuell rund 460,60 Euro; der durchschnittliche Grundrentenbetrag aktuell rund 86 Euro.

Grundsätzlich gilt

Es müssen mindestens 33 Jahre vorliegen, die für die Grundrente zählen, die sogenannten Grundrentenzeiten, z. B. Zeiten mit Pflichtbeiträgen aus Berufstätigkeit, Kindererziehungs- und Pflegezeiten sowie Zeiten, in denen Leistungen bei Krankheit oder Rehabilitation bezogen wurden. Nicht berücksichtigt werden Minijobs ohne eigene Beitragszahlung, Zeiten, für die freiwillige Beiträge gezahlt wurden und Zeiten der Arbeitslosigkeit. Zwischen 33 und 35 Jahren erfolgt eine Staffelung. Ab 35 Jahren gibt es den vollen Zuschlag. In einem zweiten Schritt wird geprüft, welche der Grundrentenzeiten einen Zuschlag erhalten. Schließlich wird im Rahmen einer Einkommensprüfung noch ermittelt, ob das Einkommen nicht zu hoch ist bzw. ob Partnereinkommen den Bezug des Grundrentenzuschlags verhindert.

Die 33 Jahre Grundrentenzeiten sind eine feste Grenze. Fehlt auch nur 1 Monat, besteht kein Anspruch auf den Zuschlag. Deshalb sollte darauf geachtet werden, dass bis zum Renteneintritt 33 Jahre (bzw. 396 Monate) an Grundrentenzeiten vorhanden sind. Hier hilft ein Blick auf die jährliche Renteninformation und/oder eine Beratung bei der Rentenversicherung.

Die Berechnung des Zuschlags

Der Grundrentenzuschlag wird individuell aus allen Grundrentenzeiten errechnet, in denen der sozialversicherungspflichtige Verdienst **mindestens 30 % des Durchschnittsverdienstes** (in 2023: 1.079 Euro

GENDER PENSION GAP – DIE RENTENLÜCKE

42,6 % beträgt der Rentenunterschied zwischen Frauen und Männern bei den eigenständig erworbenen Rentenansprüchen. Werden Hinterbliebenenrenten- wie die so genannte Witwenrente hinzugezogen, beträgt die Lücke ca. 30 %.

* Quelle Destatis 2023

Der Grundrentenzuschlag kann wie die Rente gepfändet werden.
Der besondere Charakter des Grundrentenzuschlags soll zwar die Lebensleistung der Versicherten anerkennen, gleichwohl wird der Grundrentenzuschlag ein Bestandteil der Rentenberechnung und ist im Rahmen des geltenden Rechts nicht extra geschützt. Ab 1. Juli 2023 ist ein Nettoeinkommen bis 1.401,99 unpfändbar (Pfändungsfreigrenze). Ab 1.402,00 Euro steigt in 10 Euro-Schritten der jeweils pfändbare Betrag. Vom Verdienst, der über die Pfändungsfreigrenze hinausgeht, verbleibt also ein gewisser Teil. Alle Beträge, die über 4.299 Euro hinausgehen, sind voll pfändbar. Die Höhe des pfändbaren Einkommens richtet sich auch nach der Anzahl der unterhaltspflichtigen Personen. Die Werte werden jährlich angepasst.

Berechnung des Zuschlags:
Beispiel 1

Claudia bezieht 35 Jahre lang ein Bruttogehalt von monatlich 2.000 Euro (55,6 % des Durchschnittsverdienstes werden der Berechnung zugrunde gelegt). Ihre Rente würde aktuell 700 Euro brutto, der Zuschlag 281 Euro, zusammen 981 Euro brutto (vor Abzügen) betragen. (Formel für den Zuschlag: 35 x 0,244 x 37,60 x 0,875 = 281 €).

monatlich, jährlich 12.943 Euro) betragen hat. Liegt der individuelle Verdienst darunter, wird diese Zeit nicht mitgezählt. Keine Rolle spielt, ob Vollzeit oder in Teilzeit gearbeitet wurde. Die so ermittelten Werte der sogenannten Grundrentenbewertungszeiten werden dann verdoppelt, begrenzt auf **höchstens 80 % des Durchschnittsverdienstes** (in 2023: 2.876 Euro monatlich, jährlich 34.514 Euro). Liegt der Verdienst über 80 %, gibt es keinen Zuschlag mehr. Der Zuschlag wird für max. 35 Jahre berechnet, auch wenn individuell länger gearbeitet wurde. Der errechnete Betrag wird um 12,5 % gekürzt.

Im dritten Schritt wird mittels einer komplexen **Einkommensprüfung** dann geprüft, ob der Zuschlag überhaupt gezahlt wird.

Einkommen wird angerechnet, wenn es den Freibetrag von 1.250 Euro für Alleinlebende und 1.950 Euro für Paare (Ehepartner und Menschen in einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft; das Einkommen beider Partner wird dann zusammen betrachtet) übersteigt. Maßgeblich ist das zu versteuernde Einkommen. Kapitalerträge und ausländische Einkünfte werden ebenfalls angerechnet. Einkommen

über 1.250 Euro (1.950 Euro bei Paaren) wird zu 60 %, Einkommen über 1.600 Euro (2.300 Euro bei Paaren) wird voll angerechnet.

Wohngeld und Grundsicherung bleiben außen vor

Eine Anrechnung der Rente beim Wohngeld und bei der „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung" hätte ohne weitere Maßnahmen bedeutet, dass der Grundrentenzuschlag zwar zu einer höheren Rente, aber dann zu einem geringeren Wohngeld oder einer geringeren Grundsicherung geführt hätte. Um das zu verhindern, wurden mit dem Grundrentengesetz zwei neue Freibeträge eingeführt. Sie sorgen dafür, dass ein Teil der monatlichen Bruttorente frei von Anrechnung bleibt, wenn mindestens 33 Jahre an Grundrentenzeiten erreicht sind. Bisher wurde der Grundrentenzuschlag wie die Rente besteuert. Mit dem Jahressteuergesetz 2022 werden die Zuschläge steuerfrei gestellt. ■

Berechnung des Zuschlags:
Beispiel 2

Gabi arbeitet rund 28 Stunden wöchentlich zum Mindestlohn von 12 Euro und ist daneben ehrenamtlich tätig. Sie erhält monatlich 1.438 Euro brutto (das entspricht 40 % des Durchschnittsverdienstes, jährlich 17.257 Euro) und hat 40 Beitragsjahre. Daraus errechnet sich aktuell eine Bruttorente von 601,60 Euro. Ihr Grundrentenzuschlag würde 460,60 Euro (das ist der maximale Zuschlag), die Rente insgesamt 1.062,20 Euro brutto betragen (Formel für den Zuschlag: 35 x 0,4 x 37,60 x 0,875 = 460,60 €).

Einkommensprüfung:
Beispiel 3

Monika und Lisa sind verheiratet.
Die Rentenversicherung prüft den Grundrentenzuschlag bei Monika. Beide verfügen gemeinsam über ein monatliches Einkommen von 2.400 Euro. Davon werden 1.950 Euro überhaupt nicht angerechnet. Einkommen über 1.950 Euro bis zu 2.300 Euro, also 350 Euro, werden zu 60 % angerechnet. 60 % von 350 Euro sind 210 Euro. In voller Höhe wird das gemeinsame Einkommen über 2.300 Euro angerechnet, also 100 Euro. Insgesamt werden damit 210 Euro + 100 Euro = 310 Euro angerechnet. Um diesen Betrag verringert sich der Grundrentenzuschlag von Monika. Es kann also sein, dass, obwohl Monika einen Grundrentenzuschlag beanspruchen könnte, dieser durch die Einkommensprüfung teilweise oder ganz entfällt.

SERVICE

ÜBER GELD REDET MAN NICHT?

von Sabine Arnolds

Das titelgebende Sprichwort nehmen immer noch viele Menschen in ihrem Alltag für bare Münze: über Geld spricht man nicht. Autorin Mareice Kaiser schreibt in ihrem 2022 veröffentlichten Buch „Wie viel" über Geld und unseren Umgang damit: „Obwohl Geld allgegenwärtig ist, sprechen wir selten darüber." Verschiedene Studien aus den letzten Jahren zeigen, wenn es um Geld, Gehalt, die Höhe der Rente geht, werden viele schweigsam.

Gerade ältere Frauen, die mit zu wenig zurechtkommen müssen, umschiffen das Thema sogar im Freundeskreis und in der Familie. Prof. Irene Götz berichtet aus den Interviews: „Die Frauen sagen ihren engsten Angehörigen nicht, wie es um sie steht. Und sie wollen weiterhin geben, ihren Anverwandten, ihren Freunden, ihren Kindern, aber selbst keines empfangen." Ähnliche Erfahrungen macht Andrea Bothe, Koordinatorin der lesbischen ALTERnativen im Kölner rubicon, in den Gruppen ist das Sprechen über Geld tabu. Viele Frauen sagen: „Ich brauche keine Hilfe. Ich schaff' das schon. Wenn jemand andere unterstützt, dann bin ich das."

Oft geht Geldknappheit mit Scham einher. „Das hat auch mit einem Schuld-Gefühl gegenüber der eigenen Situation zu tun. Sie glauben, sie hätten zu wenig gearbeitet und sich vielleicht früher um sich selbst kümmern müssen", stellt Götz fest. Dass die Gründe dafür vor allem strukturell bedingt sind, scheint den meisten nicht klar zu sein. Karin Klipp von der Netzwerkstelle Lesben beim Hamburger Lesbenverein Intervention erlebt in Gruppenangeboten, dass ältere Lesben oft sehr zurückhaltend sind, „wenn es um die konkreten eigenen Einkommensverhältnisse geht. Manchmal ist es auch Scham besetzt – immer noch. Wenn es allgemeiner zum Thema wird, gehen sie offener damit um."

Das neoliberal geprägte gesellschaftliche und politische Klima der letzten Jahrzehnte, die regelrechten Kampagnen gegenüber finanziell Schwachen spätestens seit den Hartz-IV-„Reformen" und die Rentenkürzungen gepaart mit fehlender Geschlechtergerechtigkeit beeinflussen zudem das öffentliche Bild von Menschen, die nicht (mehr) arbeiten und staatliche Hilfe in Anspruch nehmen. Viele verzichten jedoch ganz darauf. 2019 stellte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) fest, 60 % der Berechtigten beantragen keine Grundsicherung im Alter. Das Stigma Armut spielt dabei eine Rolle. Dazu kommt: „Viele Menschen wissen nicht, dass sie anspruchsberechtigt sind. Andere trauen sich nicht zuzugeben, dass sie bedürftig sind, und wieder anderen ist das Verfahren zu bürokratisch und aufwendig", sagt Forschungsleiter Peter Haan. Einen weiteren Aspekt bringt Klipp ein: „Viele ältere Lesben mit wirklich wenig Geld sagen, es hat etwas für sie mit Würde zu tun, Hilfe nicht im starken Maße in Anspruch zu nehmen. Sie gucken sehr genau, was sie sich leisten können."

Mitgliedsorganisationen begegnen bei offenen Treffs und Gruppen für (ältere) Lesben dem Schweigen mit eigenen Angeboten. Dachverbandsförderfrau Pat Wunderlich und ihre Rostocker Lesben-Gruppe haben einen Solitopf gegründet: „Nicht nur für Rentnerinnen, für alle, die wenig Geld haben. Daraus werden dann z. B. Kinotickets bezahlt. Diejenigen, die viel Geld haben, spenden da rein." Im offenen Treff in Köln hat rubicon das Prinzip des aufgeschobenen Kaffees eingeführt. Wer kann, konsumiert ein Getränk und zahlt zwei. Das zweite kommt dann denen zugute, die es sich ansonsten nicht leisten könnten. Und auch in der Gruppe für ältere Lesben ‚Golden Girls' geht es sehr solidarisch zu. „Wenn sie etwa nach dem CSD gemeinsam essen gehen, spricht die Gruppenleiterin einzelne Frauen vorab direkt an. Der Tenor: Natürlich bist Du dabei, mach dir keine Sorgen um das Geld. Wir halten zusammen und nehmen alle mit", erzählt Bothe. Intervention bittet um einen kleinen Betrag für Raumnutzung und etwas zu trinken: „Wir sagen, es wäre toll, wenn sie 2,50 € geben. Aber es muss nicht sein. Dabei belassen wir es." Doch nicht alle nehmen die Angebote an. „Diejenigen, die wenig Geld haben – auch die Rentnerinnen –, denen ist es schon in gewisser Weise unangenehm", erzählt Wunderlich. Und sobald sich ihre Situation verbessert, verzichten sie wieder darauf. „Stichworte wie Ehre und Stolz setzen dann ganz schnell einen Automatismus in Gang: Ich brauche keine Unterstützung mehr. Es gibt bestimmt andere, die sie nötiger haben. Dieses Zurücktreten passiert leider allzu oft bei Frauen und Lesben", sagt Bothe.

Bild: Marcel Strauß / Unsplash

Der mangelnde Austausch über die eigene Situation hat noch einen anderen Aspekt, auf den Klipp aufmerksam macht: „Das nicht darüber sprechen verhindert Solidarität untereinander." Ob Hamburg, Köln oder Rostock – die drei Interviewten regen an, den Austausch auch innerhalb des Dachverbands Lesben und Alter weiterzuführen. Götz motiviert dazu, auch mal konkret nachzufragen: „Das ist zwar heikel, aber auch Nachbar*innen, Freund*innen und Bekannte können das tun. Wir haben in unserem Projekt lange gebraucht, uns offen Frauen anzunähern und sie darauf anzusprechen. Zum Teil war es umso schwerer, je besser wir die Frau kannten. Am Ende haben fast alle gesprochen." Über Geld redet man nicht? Felicitas Drubba, Vorstand Lesben und Alter, sagt dazu: „frau schon!" ■

**Die vollständigen Interviews veröffentlichen wir auf unserer Homepage.*

Grundsicherung im Alter

Wer im Alter zu wenig Einkünfte hat, um den notwendigen Bedarf für das tägliche Leben wie Lebensmittel oder Bekleidung zu bezahlen, kann die sogenannte Grundsicherung im Alter beantragen – unabhängig davon, ob eine gesetzliche Rente bezogen wird. Wichtig ist, Sie wohnen in Deutschland und haben die Regelaltersgrenze erreicht. Neben dem notwendigen Lebensunterhalt können u. a. auch Kosten für Unterkunft und Heizung, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge abgedeckt werden. Wie viel Grundsicherung im Alter bezogen werden kann, hängt vom eigenen Einkommen und dem der Partnerin ab. Vorhandenes Vermögen muss allerdings zuerst verbraucht werden, bis auf das Schonvermögen (10.000 € für Alleinstehende, 20.000 € für Ehepaare/Verpartnerte). Die Deutsche Rentenversicherung empfiehlt bis zu einer Rente von 973 € (2023) den Anspruch prüfen zu lassen, zuständig für den Antrag ist der Sozialversicherungsträger vor Ort.

Übrigens: Die Angst, Kinder würden im Gegenzug für die staatliche Leistung herangezogen, ist in der Regel unbegründet. Erst ab einem Einkommen von 100.000 € pro Jahr wird das relevant.

WIR MÜSSEN DIE LEBENSLEISTUNG VON FRAUEN ANERKENNEN – DURCH HÖHERE RENTEN

Interview mit Prof. Dr. Irene Götz

Prof. Dr. Irene Götz ist Kulturwissenschaftlerin und lehrt am Institut für Empirische Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. 2015–2019 leitete sie das Forschungsprojekt „Prekärer Ruhestand", für das sie mit ihrem Team Frauen im Rentenalter befragte, wie sie ihre (drohende) Altersarmut bewältigen. Daraus entstand das 2019 veröffentliche Buch „Kein Ruhestand. Wie Frauen mit Altersarmut umgehen" (Kunstmann-Verlag). Für die Broschüre haben wir sie dazu interviewt.

Wie lässt sich Altersarmut fassen?

Wir gehen in der Forschung davon aus, dass Altersarmut immer eine relative Größe ist. Sie hängt davon ab, wie hoch die Lebenshaltungskosten und Mieten in der Region sind und was den Mitbürger*innen an Geld zur Verfügung steht. In Zahlen ausgedrückt: Altersarmut fängt an, wenn 60 % des mittleren Einkommens der Umgebung unterschritten wird, in einer Stadt wie München liegt diese Armutsgefährdungsschwelle derzeit bei fast 1.600 € für einen Single-Haushalt. In ländlichen Regionen ist sie niedriger. Der Durchschnitt liegt in Deutschland bei etwa 1.150 €. Durch die Inflation steigt die Schwelle natürlich. Weggehend von den Zahlen ist Altersarmut ein Zustand, der bedeutet, eine Person kann nicht mehr mithalten, muss sich häufig zurückziehen, kann sich lebensnotwendige Güter oder die Miete kaum noch leisten, muss an allen Ecken und Enden sparen. Kaffee trinken gehen mit einer Freundin wird zum unbezahlbaren Luxus. Das ist Altersarmut als gelebte Erfahrung – weit mehr als die reine Zahl von 60 %.

INTERVIEW

In Ihrem Buch beschreiben Sie, neben dem Finanziellen gibt es weitere Faktoren, an denen sich Altersarmut bemerkbar macht. Wie greifen diese ineinander?

Wenn ich wenig finanzielle Mittel, eine kleine Rente, wenig Erspartes habe und in einer teuren Stadt lebe, kann ich mir auch soziale Kontakte häufig nicht mehr leisten. Der ökonomische Mangel hat zur Folge, dass soziale Beziehungen gekappt und keine neuen mehr angebahnt werden. Die Person zieht sich zurück. Als weitere Folge werden z. B. Informationen nicht mehr aufgenommen, Abos gekündigt. Auch für einen Konzertbesuch oder andere kulturelle Teilhabe fehlt das Geld. Die ökonomische Problematik hat eine soziale zur Folge und kulturelle Auswirkungen.

Ihnen war wichtig, die Frauen in ihrem Buch nicht als Opfer darzustellen. Was bedeutet das?

Erstens entspricht es nicht der Realität, und zweitens ist den Frauen damit nicht geholfen, es bestätigt nur Klischee-Bilder: die Flaschen-Sammlerin oder Straßenzeitungsverkäuferin. Das entspricht weder der Vielschichtigkeit des Altersbildes noch der Breite der Altersarmut. Die ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen bei bürgerlichen Frauen, die vor der Verrentung immer noch mithalten konnten. Aber auch die Frauen, die Flaschen sammeln, wollen sich selbst nicht als Opfer verstehen. Sie sind nämlich sehr aktiv. Strukturell sind sie zwar oft Opfer der Verhältnisse. Sie versuchen aber immer, sich aus dem Wenigen, was möglich ist, „rauszuwurschteln". Sich durchkämpfen, findig und kreativ sein im Zurechtkommen, tapfer sein, aber auch sehr duldsam, das fiel uns bei allen, egal aus welchem Milieu sie kamen, auf. Viele fragten sich immer, was kann ich noch tun, um es besser zu machen. Andere waren wiederum sehr im Rückzug. Oft schließt sich beides nicht aus. Der Rückzug war die letzte Stufe, nach einem ganzen Tag Sonderangeboten hinterherlaufen oder Mini-Job suchen.

Das klingt anstrengend, heißt aber auch, sich Selbstwirksamkeit zu erhalten.

Absolut, wir haben eine Art Formel gefunden: Frauen, die soziales Kapital haben – also Beziehungen, kulturelles Kapital – Wissen und Fertigkeiten, um sich zu helfen, um selbstwirksam zu sein, tun sich leichter, mit dem ökonomischen Mangel umzugehen. Wenn sie über die Scham hinwegkommen, sich in ihrem Umfeld, ob bei Freundinnen, Familie oder dem Sozialamt öffnen und die Karten auf den Tisch legen und sagen: „Ich brauche Hilfe." Wenn sie ein Netzwerk haben. Das ist uns bei den lesbischen Frauen, die wir interviewt haben, aufgefallen. Erstens hatten sie ein enormes Netzwerk, weil sie sich häufig nicht so auf die Familien verlassen konnten. Trotzdem war auch bei den lesbischen Frauen die Scham da, die Verzweiflung. Eine sagte: „Ich habe über alles gesprochen. Ich habe mich sexuell geoutet in der Zeit, wo das noch schwierig war, aber über Altersarmut, da wollte ich nicht sprechen. Das war mir viel zu heikel, vor allem nicht bei Freundinnen, die bessergestellt sind". Dieses im Alter nicht mehr mithalten können, ist eines der großen Tabus – überall.

Es gab in ihrer Forschung also Unterschiede zwischen heterosexuellen Frauen und lesbischen oder bisexuellen Frauen?

Für konkrete Erkenntnisse gibt es zu wenig Vergleich, zumal manche der Befragten lesbisch sind, es aus

Angst vor Wiedererkennung aber verschwiegen haben. Mein Eindruck: Bei Scham und Entsetzen über die kleine Rente gibt es keinen Unterschied. Eine sagte: „Ich bin total in Ohnmacht gefallen, als ich sah, wie niedrig meine Rente ist." Eine andere Lesbe, die wesentlich offener war, kannte ihre Rechte und traute sich sie einzufordern, nachdem sie angesichts des Rentenbescheids geschockt war. Sie sagte: „Ich werde später in ein Altenheim gehen, und zwar das, was ich mir aussuche. Da gibt es eine Abteilung mit Lesben und Schwulen, die sich alle kennen und verstehen." Das Schamthema hatte sie nicht. Ich vermute, lesbische Lebenswelten sind in Bezug auf Altern, auf Armut, genauso heterogen. Wir haben auch Heterofrauen, die gesagt haben: „Klar bin ich arm und nehme Grundsicherung in Anspruch." Das war aber die Ausnahme.

Viele Lesben haben sich ehrenamtlich oder gegen geringes Entgelt gesellschaftspolitisch engagiert und etwas geschaffen. Deshalb gibt es die Forderung, eigentlich müsste diese gesellschaftliche Arbeit in Rentenpunkten „entlohnt" werden. Wie stehen sie dazu?

Das haben wir mit lesbischen Interviewpartnerinnen besprochen, speziell mit einer, die viel ehrenamtlich in der 2. Frauenbewegung geleistet hat neben einer Vollzeit-Erwerbstätigkeit. Die Modernisierung und Öffnung der Gesellschaft erfolgten erst durch die meist ehrenamtliche Arbeit dieser Frauen. Es ist ein Unding, dass sie jetzt im Alter so schlecht dastehen, obwohl sie so viel geleistet haben. Ich finde es aber schwierig, Ehrenamt über Rentenpunkte aufzufangen. Bei welchem Engagement fängt es an? Wo hört es auf? Wir müssen beim Anerkennen der Lebensleistung von Frauen ansetzen, Frauen mit gesellschaftspolitischem Engagement, Frauen, die sich in der Kindererziehung engagiert haben, Frauen, die Pflegeaufgaben übernehmen. Auch viele lesbische Frauen pflegen ihre Eltern oder Partnerinnen und müssen eine Weile aussteigen. Ich befürworte einen Ausgleich über generell höhere Renten. Im Grunde ist das Modell Erwerbsarbeit als Basis der Altersrente super. Es müssen aber alle einbezogen werden auch Beamt*innen oder gut Verdienende und … das ist ein Politikum, ich weiß … höhere Beitragssätze. Bei uns sind es 18,6 % in Österreich z. B. seit Jahrzehnten 22,8 %. Höhere Beiträge kann man nur Leuten zumuten, die genügend Geld verdienen. Deshalb brauchen wir höhere Mindestlöhne, eine angemessene Bezahlung für Arbeit usw.

GENDER CARE GAP – UNBEZAHLTE SORGEARBEIT

> 50 % der unbezahlten Sorgearbeit wie Haushalts- und Gartenarbeit, Pflege und Betreuung leisteten 2019 Frauen. Das wirkt sich auf Arbeitszeiten und später auf die Renten aus. (Nebenbei bemerkt: 83 % der Pflegenden sind Frauen und über 60 % der zu Pflegenden sind Frauen.)

* Quelle BMFSFJ 2019

Ihr Buch und ihre Forschung haben viel Beachtung gefunden. Sehen sie in den letzten Jahren Fortschritte in der Politik, und was fehlt aus ihrer Sicht, um das Thema Altersarmut konsequent anzugehen?

Das Thema ist stärker in den Medien und auch in der Politik angekommen. In der Koalitionsvereinbarung der jetzigen Bundesregierung war Rente als Thema groß angekündigt. Ein bisschen bewegt sich, aber zu wenig und zu langsam. Und ich bin mir nicht sicher, ob es in die richtige Richtung geht. Bzgl. einer Absicherung über Aktien und Finanzprodukte bin ich skeptisch. Ich präferiere eine Konsolidierung der Altersrente, die auf der Erwerbsarbeit basiert. Die momentanen multiplen Krisen führen dazu, dass der Staat sich in seinem „bloß nicht neu verschulden" derartig selbst einschränkt, dass am Ende für die sozialen Fragen in unserer Gesellschaft zu wenig Zeit, Mut und Geld übrigbleiben. Die Altersrente wird wohl bestehen bleiben. Ich fürchte aber, sie wird nicht sehr hoch sein. Deshalb sollte sich jede Frau – sofern sie das überhaupt kann – möglichst früh mit Geld befassen und für sich selbst vorsorgen. ■

WO KANN ICH MICH BERATEN LASSEN?

Wenn die Rente zu knapp ist, gibt es Wege, Unterstützung zu bekommen. Verschiedene Beratungsstellen informieren und leisten Hilfe. Alle Leistungen, Hilfs- und Beratungsangebote aufzuführen, würde den Umfang dieser Broschüre sprengen. Dennoch ein paar aktuelle Tipps:

Aus Wohngeld wird Wohngeld-Plus

Steigende Energiepreise belasten die Einkommen. Auch deshalb trat zum 1.1.2023 die Wohngeldreform der Bundesregierung in Kraft. Mit dem sogenannten Wohngeld-Plus sollen mehr Menschen mehr Wohngeld für Miete oder Eigentum (z. B. Kosten für Kreditzinsen) erhalten. Darüber hinaus enthält es nun eine dauerhafte Heizkosten- und Klimakomponente. Je nach Anzahl der Haushaltsmitglieder, deren Gesamteinkommen und der Miete bzw. Belastung bei Wohneigentum fällt die Höhe des Wohngelds unterschiedlich aus.

Tipp: Antrag so schnell wie möglich stellen. Auch wenn die Bewilligung etwas dauert, wird das Geld ab dem Monat, in dem der Antrag gestellt wurde, nachgezahlt. Mit dem Wohngeldrechner des Bundesbauministeriums (BMWSB) lässt sich der Anspruch schon einmal schätzen. Die Formulare für den Antrag und eine umfassende Beratung bieten die örtlichen Wohngeldbehörden.

https://www.bmwsb.bund.de/Webs/BMWSB/DE/themen/wohnen/wohnraumfoerderung/wohngeld/wohngeldrechner-2023-artikel.html?

Rund um die Rente: Wer berät?

Bei Fragen zur gesetzlichen Rente berät die Deutsche Rentenversicherung (DRV) kostenfrei. Sie ist sogar gesetzlich dazu verpflichtet, Versicherte umfassend über ihre Rentenansprüche zu beraten. Sie haben Fragen zum Rentenantrag, zum Rentenkonto oder zum Versicherungsverlauf? Einfach auf der Homepage der Rentenversicherung die Postleitzahl eingeben. Dann wird die nächste Beratungsstelle angezeigt, Termine können meist telefonisch vereinbart werden. Ebenfalls kostenlos beraten sogenannte Versichertenälteste. Sie arbeiten ehrenamtlich und werden regelmäßig durch die DRV geschult. Sozialverbände wie VdK oder SoVD beraten ihre Mitglieder (es werden meist geringe Beiträge fällig). In Konfliktfällen helfen sie dabei, Ansprüche durchzusetzen.

Tipp: Rechtzeitig anfragen, oft sind die DRV-Beratungsstellen gut gebucht.

https://www.deutsche-rentenversicherung.de/
https://www.sovd.de/
https://www.vdk.de

Wenn Schulden drückend werden

Es ist leichter gesagt als getan. Wer sich aber bei Schulden frühzeitig Hilfe sucht, kann oft gravierendere Folgen vermeiden. Eine kostenlose Schuldenberatung bieten viele Gemeinden und gemeinnützige Einrichtungen wie Diakonie, DRK, AWO oder auch Verbraucherzentralen an. Oftmals übernehmen mehrere Anbieter gemeinsam die Trägerschaft. Sie beraten zu sozialrechtlichen Fragen ebenso wie zu allgemeinen finanziellen Aspekten.

Tipp: Rechtzeitig um einen Termin kümmern, die Wartezeiten sind mitunter lang. Wenn es dringend ist, etwa bei Mietrückständen und drohender Kündigung, geht es in der Regel sofort.

https://www.schuldnerberatungen.org/beratungsstellen/

Beraten auch Community-Organisationen?

Lesbische, schwule und queere Organisationen beraten zu den unterschiedlichsten Themen wie Coming-out oder Diskriminierungserfahrungen. Nur wenige bieten z. B. eine spezielle Rentenberatung an. In der Regel sind die Beratenden in ihrer Gemeinde aber gut vernetzt und können Tipps für vertiefende Beratung geben.

https://www.lesbenundalter.de/ueberuns/mitgliedsorganisationen/

AKTIV SEIN + GELD VERDIENEN IN DER RENTENZEIT

Ein persönlicher Bericht von Cornelia Sperling

872,38 € als erste Rentenzahlung nach 40 Jahren Erwerbsarbeit – das war schon ein Schock, als dieser Betrag 2015 auf meinem Konto landete. Der Grund für die geringe gesetzliche Rente, mein Abweichen von der ‚normalen' Erwerbsbiografie:

- Ausstieg aus einem Beamtenverhältnis mit 40,
- drei Jahre Teilzeit wegen Kindern
- 10 Jahre freiberufliche Arbeit mit geringer Einzahlung in die Rentenversicherung.

Mir war klar, mein Erspartes würde bei dieser geringen Rente nicht lange reichen. Dabei hatte ich mich ab dem 60. Geburtstag im Jahr 2010 schon vorbereitet und mit meiner Zukunft im Alter beschäftigt. Erster Schritt war der Blog „Arbeiten Träumen Älterwerden" auf der Internet-Plattform für selbständige Frauen „Existenzielle", für den ich andere Frauen um die 60 dazu interviewte, wie sie sich ihr Leben während der Rente mit oder ohne Arbeiten vorstellten. Sehr spannend für mich, auch die lesbischen Frauen berichteten, dass Altersarmut und Geld verdienen neben der Rente ein Tabuthema selbst unter Freundinnen war.

Die Initiative „Mäuse für Ältere"

Mein nächster Schritt: An verschiedenen Orten bot ich Veranstaltungen für Frauen zu Arbeitsmöglichkeiten mit 60plus an. Mit sehr viel Spaß entwickelten wir Ideen für stressfreie bezahlte Arbeitsmöglichkeiten im Alter wie Gründungscoach, Jobvermittlungsagentur oder Reiseleitung für Ältere, Briefeschreiberin oder Vorleserin. Mit Anträgen für genderspezifische Projekte scheiterte ich leider auf Landes- und EU-Ebene. Mir wurde deutlich: Bei den Frauen bestand großes Interesse an Austausch und Lösungen, die Politik hatte Altersarmut von Frauen gar nicht auf dem Schirm. Die „Oben" ignorieren das Thema? Dann bauen wir von unten Druck auf, dachte ich. Das führte 2014 zur Initiative „Mäuse für Ältere – Arbeiten neben der Rente", die ich gemeinsam mit einem Mitstreiter gründete. Siehe da, zwölf Menschen kamen zum ersten Gesprächskreis in Essen im September 2014. Seit neun Jahren gibt es nun monatliche Austausch-Runden über das Arbeiten neben der Rente, inzwischen auch in Bochum und Dortmund.

2018 schafften wir eine zweijährige Finanzierung als Modellprojekt durch die Stadt Essen. Mit den finanziellen Ressourcen schufen wir ein nachahmenswertes Modell für andere Kommunen und konnten Honorare für mehrere Menschen bezahlen. Wir entwickelten Unterstützungs- und Beratungsangebote für Rentner*innen, die arbeiten wollen, veranstalteten Workshops zu Ideenfindung, Bewerbung, Selbständigkeit und gingen in die Stadtteile für Vorträge. Besonders positiv: Mit Vorschlägen zur Lösung eines sozialen Problems durch Ältere kann auch Geld verdient werden! Die Entwicklung von „Mäuse für Ältere" ist auf der Website dokumentiert.

„Wir sind der Meinung, dass der rein individuelle Weg, neben der Rente durch interessante Arbeit noch Geld zu verdienen, nur für eine Minderheit problemlos klappt: vielleicht für die Psychologin oder für die Ingenieurin. Alle anderen müssen sich damit auseinandersetzen, WAS sie arbeiten wollen, WIE sie sich auf dem Arbeitsmarkt präsentieren (und neue Kenntnisse z.B. für eine Selbständigkeit erwerben) und wie sie den ROLLEN-Erwartungen der Umwelt begegnen. Und genau bei diesem Prozess hilft die Gruppe sehr. Die Auseinandersetzung mit den kulturellen und gesellschaftlichen Normen passiert so ‚nebenbei', wir ermutigen uns untereinander, das zu tun, was zu unserer Lebensphase passt."

Zitat von Mäuse für Ältere e. V.

Wie wähle ich aus, was ich noch tun möchte?

Doch wie entscheide ich eigentlich, welche Arbeiten in der Rentenzeit attraktiv sein könnten? Ich habe mir diese Fragen beantwortet:

- Was reizt mich?
- Wo sehe ich Entwicklungsmöglichkeiten für mich?
- Wo entstehen neue soziale Kontakte?
- Was fand ich in meinem Erwerbsleben am spannendsten?
- vielleicht am wichtigsten: Wofür schlägt mein Herz?

Bild: Mino Likwasi

Meine Antwort auf diese Fragen lautete: Empowerment lesbischer Frauen, am liebsten im internationalen Maßstab. Ich konnte meine Projektentwicklungs-Fähigkeiten nutzen und nach 3 Jahren Vorbereitungszeit (Recherche zu Projektgeldern, Verbündete suchen, Anträge schreiben) ernten: Entstanden ist ein Partnerschaftsprojekt zwischen zivilgesellschaftlichen lesbischen Basisgruppen in NRW und im südlichen Afrika. Das entwickelt sich seit 2018 sehr lebendig und trägt durch Honorare manchmal auch zu meinem Lebensunterhalt bei.

Work-Life-Balance bewusst gestalten

Jetzt will ich nicht den Stress verschweigen, den selbständig initiierte Projekte mit sich bringen. Manchmal ist ein Minijob, bei dem eine vorgeschriebene Arbeit erledigt werden muss, einfacher. Der Luxus im Alter besteht aber darin, Alters-Freiheiten nutzen zu können und Arbeitsstress auch abzubauen. Um die bewusste Reflexion, was Work-Life-Balance persönlich bedeutet, kommt frau auch im Alter nicht herum. Neu ist: Es gibt nicht mehr so viele Zwänge, die mich abhalten, die Ergebnisse der Reflexion auch umzusetzen: sich von Arbeit X verabschieden, Traum Y verwirklichen, Zusage Z wieder zurücknehmen. Der Abbau der körperlichen Kräfte spielt natürlich eine größer werdende Rolle für die eigenen Pläne. Ich hatte gerade den 72. Geburtstag gefeiert, als mein Körper mal wieder Stopp verordnete, weil ich zu viele Ideen gleichzeitig realisieren wollte. Ich bin leidenschaftlich im Partnerschaftsprojekt unterwegs, was in den letzten Jahren auch zu mehr Engagement für eine feministische und LGBTI-inklusive Entwicklungszusammenarbeit auf Bundesebene führte. Dabei überschätze ich meine Kräfte auch schon mal, falle auf die Nase und komme dann mit Hilfe von Partnerin und Freund*innen wieder auf die Füße.

Im Juli 2022 ist meine gesetzliche Rente aufgrund einiger Rentensteigerungen bei 1.161 € angekommen. Damit gehöre ich zwar weiterhin zu den von Armut bedrohten Menschen in Deutschland, aber ich fühle mich keineswegs arm. Ich habe es geschafft, seit meinem Rentenbeginn 2015 genug Honorare zu erarbeiten, dass ich nach 8 Jahren sagen kann: Ich MUSS nur noch wenig Geld dazuverdienen und kann mir mehr ehrenamtliche Arbeit leisten. Ich genieße seit neuestem auch „Ruhestand", nehme mir mehr qualitative Zeit für die Partnerschaft, Freundinnen, Enkel, Kultur und in-die-Gegend-gucken.

Aber aufhören zu arbeiten und aktiv zu sein, das kann ich mir nicht vorstellen! ■

Links

https://maeusefueraeltere.de/
www.flip-ruhr.de, Partnerschaft mit Afrika
www.corneliasperling.de

GENDER GAP ARBEITSMARKT – ERWEITERTE VERDIENSTLÜCKE

39 %*

Seit 2022 ermittelt das statistische Bundesamt eine weitere Kennzahl, die die Ungleichheit im Verdienst erweitert betrachtet. Neben der Einkommenslücke pro Stunde, fließen der Unterschied in der bezahlten monatlichen Arbeitszeit und der Erwerbsbeteiligung ein.

* Quelle Destatis 2023

Bild: Reiseuhu.de / Unsplash

TEILEN UND TEILHABEN – NACHHALTIG UND SOZIAL

Wer mit seinem Geld sorgfältig haushalten muss, findet neben analogen Angeboten wie Reparaturcafés inzwischen auch vieles im Netz. Angebote und Initiativen, die auf „teilen" (sharing) basieren, helfen Geld zu sparen und den eigenen Konsum nachhaltiger zu gestalten.

Verkaufen, verleihen, teilen oder reparieren – das grundlegende Prinzip des Sharing-Ansatzes kennen wir eigentlich alle. Denn ganz neu ist der Gedanke nicht. Ob selbstorganisierte Bauerninitiativen, gemeinsame Wohnformen wie die Beginen oder die Genossenschaftsbewegung – die Prinzipien von Teilen und Teilhaben haben lange Traditionen. Seit den 1980er Jahren boomten Second-Hand-Stores und Flohmärkte. Mit Digitalisierung und Social-Media-Kanälen hat die Entwicklung auch virtuell rasant an Fahrt aufgenommen und in vielen Bereichen des täglichen Lebens Einzug gehalten. Autos, Fahrräder, Kleidung werden heute ganz selbstverständlich geteilt oder über Kleinanzeigen an die nächste Konsumentin weiterverkauft. Bereits 2017 nutzten 39 Prozent der Deutschen Angebote der Sharing Economy, ergab eine repräsentative Umfrage der Wirtschaftsberatung PwC.

Vor allem digitale Nachbarschaftsnetzwerke wie nebenan.de verzeichnen regen Zulauf. Über ihre Plattformen können User*innen nicht mehr benötigte Alltagsgegenstände in der direkten Nachbarschaft verkaufen, verschenken oder verleihen. Wer kurzfristig eine Bohrmaschine benötigt oder nach Ladenschluss noch ein paar Eier, postet die Anfrage und erhält im Idealfall sofort eine Antwort. Gleiches gilt für den Austausch von Gefälligkeiten: Unkrautjäten gegen Nachhilfe, Handwerkerarbeiten gegen Hundebetreuung oder Klavierstunden gegen Einkaufen – die Netzwerke wollen zum gegenseitigen Helfen motivieren und den sozialen Zusammenhalt fördern.

Ähnliches gilt für die steigende Zahl an Reparaturcafés, von denen es in Deutschland mittlerweile fast 1000 gibt. Unter dem Motto „Reparieren statt wegwerfen" kümmern sich ehrenamtliche Hobbyhandwerker*innen kostenlos um kaputte Möbel, Textilien, Kaffeemaschinen und Fahrräder und prüfen, ob der alte Laptop oder das Smartphone vielleicht doch noch zu nutzen sind. Lesben mit handwerklichem oder technischem Know-how können hier selbst aktiv werden und sich ehrenamtlich als Reparaturexpertin engagieren. Adressen und Öffnungszeiten sind in Wochen- und Anzeigenblättern, an Aushängen in Bürgerzentren, Bezirksämtern oder Stadtteilbibliotheken sowie im Internet zu finden.

Gesunde Ernährung ist besonders für ältere Lesben mit schmalem Budget ein schwieriges Thema. Obst und Gemüse sind teuer, insbesondere wenn es aus biologischem Anbau kommen soll. Eine günstige Alternative für Lesben mit Spaß an der Gartenarbeit sind Gemeinschafts- oder Stadtteilgärten, die es inzwischen in vielen Kommunen gibt.

Bild: Markus Spiske / Unsplash

Wer aktiv beim Jäten, Harken und Graben hilft, kann dort für den eigenen Bedarf kostenlos ernten. Informationen dazu gibt es unter anderem beim Bürgerservice im Rathaus oder den Kreisgruppen von Umweltinitiativen wie dem BUND.

Bild: Centre for Ageing Better

www.nebenan.de
www.foodsharing.de
www.toogoodtogo.de
www.repaircafe.org/de
www.reparatur-initiativen.de
https://urbane-gaerten.de
www.vinted.de
www.momox.de

Gegen Lebensmittelverschwendung und für eine soziale Umverteilung setzen sich digitale Plattformen wie foodsharing.de oder www.toogoodtogo.de ein. Mit unzähligen ehrenamtlichen Helfer*innen retten sie täglich essbare, aber nicht mehr verkäufliche Lebensmittel vor den Mülltonnen. Eingesammelt werden die Produkte in Supermärkten, Bäckereien, Hotels oder Gastronomie und über öffentlich zugängliche Verteilerstationen kostenlos oder zum geringen Festpreis abgegeben. Registrierte Nutzer*innen finden in der App und auf der Website Stationen in ihrer Nähe und werden über frische Lieferungen informiert.

Auch um die Modeindustrie hat die Sharing Economy keinen Bogen gemacht. Was früher in Second-Hand-Boutiquen verkauft wurde, lässt sich heute im Internet shoppen. Auf Plattformen wie vinted.de oder momox.de kann man einerseits gut erhaltene Kleidungsstücke verkaufen oder neue günstig einkaufen. Und trotz Digitalisierung ist auch er noch nicht tot: Der traditionelle Flohmarkt, auf dem man mit etwas Glück viele Schnäppchen machen kann. ■

GENDER DATA GAP – DIE DATENLÜCKE

auch Gender Data Bias genannt. Bis heute blenden wissenschaftliche Studien Frauen und andere als heteronormative Lebenszusammenhänge zu oft aus. Daten über lesbisches Leben und wie sich das z. B. auf Lebensumstände, Gesundheit, Einkommensverhältnisse auswirkt, sind rar.

* Quelle Destatis 2023

DRINGEND ERFORDERLICH: WEITERE FÖRDERUNG VON LESBEN UND ALTER

Der **Dachverband Lesben und Alter e.V.** vertritt die Interessen älterer Lesben gegenüber Politik, Verbänden, Gesellschaft und stärkt die Wahrnehmung für ihre spezifischen Lebenssituationen. Die Lebensleistung und gesellschaftspolitischen Verdienste älterer Lesben werden unzureichend gewürdigt, die Bedarfe an lesbenspezifischen Angeboten nicht berücksichtigt.

Der Dachverband fordert, dass Lesben

- als eigenständige Zielgruppe aktiv mitgedacht werden,
- diskriminierungsfreie, gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird,
- finanzielle Unterstützung für eigene Zentren und gemeinschaftliche Aktivitäten erhalten,
- ein geschütztes Wohnumfeld vorfinden, in dem sie offen und diskriminierungsfrei leben können,
- Kontakte zu anderen frauenliebenden/lesbischen Frauen knüpfen können, auch wenn sie weniger mobil, körperlich oder mental eingeschränkt sind,
- Ansprechpartner*innen in Altenhilfe und Pflege haben, die auf ihre Lebenssituation und Bedürfnisse vorurteilsfrei eingehen,
- durch gemeinschaftliches Wohnen und Wirtschaften drohender Altersarmut begegnen können,
- an Stadtentwicklung und Wohnungsbauplanung beteiligt werden.

Ohne einen massiven Nachteilsausgleich rückt Geschlechtergerechtigkeit in weite Ferne. Die politisch Verantwortlichen sind gefordert. Es braucht eine umfassende finanzielle Förderung bereits bestehender Lesben(wohn)-Projekte und finanzielle Anreize für neue. Der Dachverband Lesben und Alter fordert:

- Forschungsförderung zum Themenbereich Lesben und Alter,
- Entwicklung, Finanzierung und Förderung von lesbenspezifischen Angeboten in der Pflege und der Senior*innenarbeit, die die Lebenssituation von Lesben, ihre Kultur und Emanzipationsgeschichte kennt, berücksichtigt und respektiert,
- eine lesbenrespektierende Pflege, die grundlegendes Wissen über Diskriminierungen und Gewalt gegenüber Frauen in die pflegerische Praxis einbezieht,
- verstärkte Förderung von Pflegewohngemeinschaften von und für lesbische Frauen,
- deutlich mehr Mittel für lesbenspezifische Projekte und Einrichtungen,
- Ausbau und Absicherung der bundesweiten Interessenvertretung Lesben und Alter.

2004 ist das Geburtsjahr der bundesweiten „Vernetzung Lesben und Alter". 2009 wandelte sich das sehr aktive, aber lose verbundene Netzwerk zur Interessenvertretung Lesben und Alter. Seit 2017 ist der Dachverband Lesben und Alter ein eingetragener gemeinnütziger Verein, der im Rahmen von Projektförderungen durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird. Seit seinen Anfängen hat Lesben und Alter eine Vielzahl von Fachveranstaltungen und -tagungen ausgerichtet, Publikationen veröffentlicht, in Gremien, Wohlfahrtsverbänden und Seniorenorganisationen mitgearbeitet und seine Expertise der (Fach-)Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. ■

GENDER HEALTH GAP – DIE GESUNDHEITSVERSORGUNGSLÜCKE

Medizin und Gesundheitsforschung orientieren sich am Mann. Noch immer werden geschlechtsspezifische Unterschiede in Gesundheitszustand oder gesundheitlicher Versorgung zu wenig erforscht und wahrgenommen.

Bild: Centre for Ageing Better

Lesben und Alter e.V.
Dachverband

Dachverband Lesben und Alter e.V.
Friedbergstr. 20, 14057 Berlin
Mail: kontakt@lesbenundalter.de
www.lesbenundalter.de

Bilder: Centre for Ageing Better; Pexels/Pixabay

Gefördert vom:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend